

Das Alternativ-Konzept:

Der Haushaltsentwurf der CDU

- Keine Erhöhung der Grunderwerbsteuer
- Mehr Investitionen in die Landesstraßen
- Neuverschuldung deutlich absenken

Keine Erhöhung der Grunderwerbsteuer

Nach den Ergebnissen der November-Steuerschätzung kann Schleswig-Holstein - ohne Erhöhung der Grunderwerbsteuer - im kommenden Jahr mit knapp 8 Milliarden Euro Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisung und Kfz-Steuer-Kompensation rechnen. Gegenüber dem Ende der Regierungszeit von CDU und FDP ist dies ein Anstieg von rund 600 Millionen Euro innerhalb von nur zwei Jahren. Noch im Jahr 2010 lagen die entsprechenden Einnahmen sogar um rund 1,6 Milliarden Euro niedriger, als für das kommende Jahr vorhergesagt.

Dennoch wollen SPD, Grüne und SSW weiter an der Steuerschraube drehen und die Steuerzahler in Schleswig-Holstein mit dem bundesweit höchsten Grunderwerbsteuersatz von 6,5 Prozent belasten. Eine solche Steuererhöhung verteuert den Eigenheimbau für junge Familien, sie belastet Handwerk und Mittelstand bei Erweiterungsinvestitionen und eine solche Steuererhöhung trifft letztendlich auch die Mieter, da sich höhere Baunebenkosten in steigenden Mieten niederschlagen werden. Insgesamt schaden überhöhte Steuersätze dem wirtschaftlichen Wachstum in Schleswig-Holstein.

Im Haushaltsentwurf der Landesregierung ist die Erhöhung der Grunderwerbsteuer mit Mehreinnahmen von 81 Millionen Euro veranschlagt. Abzüglich des kommunalen Anteils (17,74 Prozent = 14,37 Millionen Euro) verbleibt eine Mehreinnahme in Höhe von 66,63 Millionen Euro für den Landeshaushalt. Mit dem Haushaltsantrag der CDU wird der Verzicht auf die Erhöhung der Grunderwerbsteuer durch Ausgabenkürzungen und Umschichtungen vollständig gedeckt.

Mehr Investitionen in die Landesstraßen

Der Landesrechnungshof hat den Sanierungsstau für das Landesstraßennetz auf über 100 Millionen Euro beziffert. Mit dem vorgelegten Straßenzustandsbericht kommt der Landesbetriebs für Straßenbau und Verkehr zu dem Ergebnis, dass allein für die bloße Aufrechterhaltung des jetzigen Straßenzustandes ein jährlicher Investitionsbedarf von 36 Millionen Euro besteht, ohne dass damit der vorhandene Sanierungsstau abgebaut würde.

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung wird diesen Investitionsbedürfnissen nicht gerecht! Von den mit der Nachschiebeliste eingestellten 41,5 Millionen Euro an den Landesbetrieb für Investitionen entfallen nämlich laut Wirtschaftsplan lediglich rund 30 Millionen Euro auf Bau- und Ingenieurleistungen. Damit wird der vom Landesbetrieb ermittelte Investitionsbedarf zur Erhaltung des Straßenzustandes erneut unterschritten.

Die CDU-Fraktion hat im Laufe dieses Jahres mehrfach die Auflegung eines 60 Millionen Euro schweren Sonderprogramms zum Abbau des Sanierungsstaus bei den Landesstraßen gefordert. Das von den Regierungsfractionen daraufhin aufgelegte Sondervermögen Verkehrsinfrastruktur bleibt mit derzeit 26 Millionen Euro deutlich hinter diesem Volumen zurück, selbst wenn mit dem Haushalt 2014 eine weitere Aufstockung um 10 Millionen Euro auf dann 36 Millionen Euro vollzogen wird.

Mit dem Haushaltsantrag der CDU wird deshalb die Erhöhung des Sondervermögens Verkehrsinfrastruktur um weitere 14 Millionen auf dann 50 Millionen Euro beantragt. Weitere 3 Millionen Euro sollen dem Landesbetrieb direkt zum Abschluss von Werkverträgen für Planungsleistungen zur Verfügung gestellt werden. Außerdem soll im Umfang von 7 Millionen Euro der Landesverkehrswegeplan wieder eingesetzt werden, um neben Sanierungen auch Um- und Ausbauten sowie Neubaumaßnahmen zu ermöglichen.

Darüber hinaus befindet sich derzeit ein Gesetzentwurf der CDU-Fraktion in den parlamentarischen Beratungen, der eine weitere Aufstockung des Sondervermögens Verkehrsinfrastruktur um 15 Millionen Euro bereits im Jahre 2013 vorsieht.

Neuverschuldung deutlich absenken

Mit dem letzten von CDU und FDP verantworteten Haushalt konnte die Neuverschuldung erstmals seit über 40 Jahren auf nahe Null reduziert werden. Lediglich die Bildung von Sondervermögen zum Ende des Haushaltsjahres 2012 führte zu einer Neuverschuldung von rund 66 Millionen Euro. Demgegenüber wurde die Neuverschuldung mit dem ersten Haushalt von SPD, Grünen und SSW für 2013 in Höhe von 450 Millionen Euro veranschlagt. Für das Jahr 2014 ist nunmehr - auch nach der mit der Nachschiebeliste erfolgten Reduzierung - eine Neuverschuldung von rund 287 Millionen Euro vorgesehen, die somit ebenfalls deutlich über dem Jahresabschluss 2012 liegt.

Mit dem CDU-Haushaltsantrag wird die eingeplante Neuverschuldung deshalb um über 220 Millionen Euro auf 65,7 Millionen Euro abgesenkt - und damit das Niveau des Jahresabschlusses 2012 wieder erreicht.

Weitere politische Schwerpunkte

Da die Landesregierung die Mittel des Vertretungsfonds sowohl für die Gewährung von Differenzierungsstunden als auch für die Schaffung von Lehrerstellen verwendet, ist eine Aufstockung des Vertretungsfonds um so dringender geboten. Nur so kann erreicht werden, dass die originäre Aufgabe des Vertretungsfonds, nämlich die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls, an allen Schulen gleichermaßen gewährleistet ist. Der Antrag der CDU-Fraktion sieht deshalb eine Aufstockung um 4 Millionen Euro auf dann 16 Millionen Euro vor, was der Inanspruchnahme und damit dem tatsächlichen Bedarf im Jahr 2012 entspricht.

Die Einrichtung eines Fonds für Barrierefreiheit hatte die CDU-Fraktion bereits mit ihren Anträgen zum Haushalt 2013 gefordert, um Menschen mit Behinderungen in allen Lebenslagen einen barrierefreien Zugang zu Einrichtungen und Leistungen des Landes zu ermöglichen. Aufgrund der Ablehnung von SPD, Grünen und SSW beantragt die CDU-Fraktion erneut, einen Fonds für Barrierefreiheit im Volumen von zunächst 1 Million Euro einzurichten.

Die Zahl der durch das Land bislang finanzierten Ausbildungsplätze in der Pflege reicht nicht aus, um den rasant steigenden Arbeitskräftebedarf zu decken. Die CDU-Fraktion will deshalb mit 700.000 € zusätzliche 200 Ausbildungsplätze in der Pflege finanzieren. Hinzu kommen 100.000 Euro für eine Informationskampagne zu den Pflegeberufen.

Um den umfangreichen Sanierungsbedarf bei öffentlichen Sportanlagen endlich in Angriff zu nehmen, will die CDU-Fraktion im kommenden Jahr für ein Förderprogramm 2,5 Millionen Euro aufwenden.

Beim Schleswig-Holsteinischen Heimatbund soll die Kürzung der Landesregierung in Höhe von 50.000 Euro rückgängig gemacht werden.

Angesichts der von der rot/grün/blauen Regierung beschlossenen Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre sollen die Mittel für den Verband politischer Jugend um 55.000 Euro aufgestockt werden.

Um schwerwiegenden langfristigen Erkrankungen von Opfern von Straftaten entgegen zu wirken, bedarf es in Schleswig-Holstein eines flächendeckenden Netzes von Trauma-Ambulanzen. Mit 70.000 Euro soll eine „Koordinierungsstelle Trauma-Ambulanzen“ eingerichtet werden, durch die Betroffene schnell an geeignete Ansprechpartner vermittelt werden können.

Gegenfinanzierung

Für den Verzicht auf die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ist eine Gegenfinanzierung in Höhe des Landesanteils von 66,63 Millionen Euro erforderlich. Zur Finanzierung der Mehrausgaben für die politischen Schwerpunktsetzungen der CDU-Fraktionen bedarf es im Umfang von rund 32,5 Millionen Euro entsprechender Deckungsvorschläge. Mit dem vorliegenden Antrag werden die erforderlichen Ausgabenkürzungen und Umschichtungen wie folgt erbracht:

Den Mehrausgaben von 32,5 Millionen Euro für die politische Schwerpunktsetzung der CDU stehen in gleicher Höhe politische bedingte Ausgabenkürzungen bei Haushaltstiteln entgegen, die von SPD, Grünen und SSW neu eingeführt wurden, in ihrer Höhe heraufgesetzt wurden oder bei denen Kürzungen der CDU-geführten Landesregierung rückgängig gemacht wurden.

Im Einzelnen sind hier beispielhaft zu nennen:

Standortmarketing: EP 06, -500 T€

Exzellenz- und Strukturbudget: EP 07, -1,5 Mio. Euro

Zuschuss an die Universitäten Kiel und Flensburg: EP 07, - 800 T€

(Ablehnung Doppelstruktur bei Lehrerinnen- und Lehrerausbildung)

Investitionsförderung soziokultureller Zentren: EP 09, - 800 T€

Einrichtung Musiksaal Nordkolleg: EP 09, - 400 T€

Landesblindengeld: EP 10, - 4,35 Mio. Euro

(Anpassung an das Ist 2012 auf Basis von 200,- Euro monatlich je Erwachsenen)

Organisationsuntersuchungen und Innovationsförderung PROFI: EP 11, - 4,65 Mio. Euro

Sanierung Verwaltungsgebäude Kiel: EP 12, - 6,4 Mio. Euro

Grunderwerb von Grundstücken und Gebäuden: EP 12, - 6,5 Mio. Euro

Biotopkartierung: EP 13, - 1,2 Mio. Euro

Bildungshaus Brokstedt (Plietschus): EP 13, - 700 T€

Freiwilliges Soziales und Ökologisches Jahr: EP 10/13, - 500 T€

(Beibehaltung der Plätze im Umfang des Jahres 2012)

Durch zahlreiche weitere kleinere Kürzungspositionen wird das erforderliche Volumen von 32,5 Millionen Euro insgesamt erreicht.

Die Gegenfinanzierung des Verzichts auf die Erhöhung der Grunderwerbsteuer gelingt durch ein Maßnahmenbündel von Ausgabenkürzungen und der Korrektur von Haushaltsansätzen sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite:

Mit dem Haushaltsentwurf der Landesregierung inklusive Nachschiebeliste steigen die Ausgaben für Verwaltungstätigkeit um über 28 Millionen Euro gegenüber dem Haushaltsansatz 2013. Dies entspricht einer Steigerung von 6,8 Prozent in einem Jahr! Mit dem Antrag der CDU-Fraktion werden die Ansätze für Personal und Verwaltung deshalb um insgesamt rund 11 Millionen Euro reduziert. Hierzu werden bei den Sachausgaben zahlreiche Haushaltstitel in Höhe der tatsächlichen Ausgaben des Jahres 2012 überrollt. Außerdem werden zusätzliche geschaffene Stellen (Staatskanzlei, ULD, Staatssekretär Wirtschaftsministerium) sowie die eingestellte Mittel für Aushilfskräfte zur Denkmalschutzkartierung gestrichen.

Mit dem Haushaltsentwurf der Landesregierung inklusive Nachschiebeliste steigen die Ausgaben im Budget II für Zuwendungen und Zuschüsse um rund 124 Millionen Euro gegenüber dem Haushaltsansatz 2013. Dieser Ausgabenanstieg macht deutlich, dass die von der Landesregierung verordnete 2%ige Budgetkürzung mit Ausnahme bei Bundesleistungsgesetzen und politischen Schwerpunkten keinen ausreichenden Konsolidierungsbeitrag erbracht hat. Der Antrag der CDU-Fraktion sieht deshalb eine zusätzliche 2%ige Budgetkürzungen bei Zuwendungen und Zuschüssen vor, die im Umfang von 17,8 Millionen Euro in Form von Globalen Minderausgaben in den Einzelplänen angesetzt werden.

Zur Gegenfinanzierung des Verzichts auf die Erhöhung der Grunderwerbsteuer veranschlagt der Antrag der CDU-Fraktion Mehreinnahmen im Umfang von rund 10,7 Millionen Euro. Hierzu werden die bislang nicht gebundenen Mittel des Sondervermögens PROF I B im Umfang von 7,8 Millionen Euro wieder in den Landeshaushalt überführt. Die haushaltstechnisch bestehende Rücklage des Landesrechnungshofes von 1,2 Millionen Euro wird aufgelöst. Bei der Denkmalpflege erfolgt eine Anpassung der zu gering angesetzten Einnahmetitel an das tatsächliche Ist 2012 (+ 1,2 Millionen Euro). Die Gewinnabführung der Landesforsten wird um 0,5 Mio. Euro angehoben, so dass die Hälfte des voraussichtlichen Jahresüberschusses 2013 zur Rücklagenbildung bei den Landesforsten verbleibt.

Im Umfang von rund 10,6 Millionen Euro werden überhöhte Ausgabenansätze durch den CDU-Antrag an den tatsächlichen Bedarf angepasst. So werden beispielsweise die Beihilfen für Versorgungsempfänger im Haushalt inklusive Nachschiebeliste mit 151 Millionen Euro veranschlagt. Das tatsächliche Ist wird für das laufende Jahr mit 137 Millionen angegeben. Der Anstieg um rund 7 Millionen Euro ggü. 2012 wird mit dem CDU-Antrag fortgeschrieben, der Haushaltsansatz deshalb auf 144 Millionen Euro angepasst. Die darüber hinausgehende Erhöhung um weiter 7 Millionen Euro wird hingegen in Abgang gestellt.

Im Haushaltsentwurf der Landesregierung inklusive Nachschiebeliste werden die Zinsausgaben für 2014 mit rund 918 Millionen Euro veranschlagt. Für 2013 ist hingegen nach Angaben des Finanzministeriums nur mit tatsächlichen Ist-Ausgaben in Höhe von 850 Millionen Euro zu rechnen. Ein nennenswerter Zinsanstieg wird auch von der Landesregierung für das kommende Jahr nicht erwartet, so dass die verstärkten Zinssicherungsmaßnahmen erst ab 2015 greifen sollen. Ebenso ist davon auszugehen, dass die im Haushaltsplan 2013 veranschlagte Neuverschuldung nur zu einem geringen Teil zum Tragen kommt. Vor diesem Hintergrund wird der Ansatz für Zinsausgaben 2014 mit dem CDU-Antrag um weitere 17,6 Millionen Euro auf dann 900 Millionen reduziert.

Durch drei weitere Maßnahmen gelingt es die im Haushalt inklusive Nachschiebeliste veranschlagte Neuverschuldung von 287,5 Millionen Euro auf lediglich 65,7 Millionen Euro zu reduzieren (- 221,8 Millionen Euro).

Auflösung der Rücklage zur Verminderung des Kreditbedarfs: Die in Zeiten der CDU-geführten Landesregierung gebildete Rücklage belief sich per Ende 2012 auf knapp 154 Millionen Euro. Mit den Bemerkungen 2013 hat der Landesrechnungshof einen deutlichen Abbau derartiger Rücklagen empfohlen. Im Votum der Haushaltsprüfgruppe (Umdruck 18/2016) heißt es ebenfalls: "Nicht mehr erforderliche Rücklagen sind aufzulösen".

Ansatz der Erbschaftsteuer an den Erfahrungswert der Vorjahre anpassen: Mit der Nachschiebeliste wurde der Ansatz der Erbschaftsteuer auf Basis der November-Steuerschätzung auf lediglich 89,2 Millionen Euro reduziert. Die tatsächlichen Ist-Werte der Vorjahre zeigen regelmäßig deutlich höhere Einnahmen (2011: 153 Millionen Euro, 2012: 163 Millionen Euro). Im laufenden Haushaltsjahr konnten bis Ende Oktober bereits 124 Millionen Euro vereinnahmt werden. Es erscheint deshalb angebracht, den Haushaltsansatz an die tatsächlichen Ist-Einnahmen der Vorjahre von rund 150 Millionen Euro jährlich anzupassen und den Ansatz der Neuverschuldung entsprechend zu reduzieren.

Einnahmen aus der Glückspielabgabe: Mit dem Glückspielgesetz des Landes Schleswig-Holstein besteht unverändert die einzige legale Grundlage, um Online-Casinospiel in Deutschland anzubieten. Nachdem die Lizenzvergabe Ende 2012 / Anfang 2013 erfolgt ist, erwartet die CDU-Fraktion im kommenden Jahr einen deutlichen Anstieg der Einnahmen aus der Glückspielabgabe auf Online-Casinospiel. Von dem im CDU-Antrag veranschlagten Einnahmen von 10 Millionen Euro (+ 9 Millionen Euro ggü. dem Entwurf der Landesregierung) sind die jeweils 5%igen Anteile zur Förderung des Landesfeuerwehrverbandes, der Suchthilfe, der Friesenstiftung sowie der Schuldner- und Insolvenzberatung abzusetzen. Die verbleibende Mehreinnahmen von 7,2 Millionen Euro wird vollständig zur Reduzierung der Neuverschuldung eingesetzt.